

FDP-Dialogpapier zur Integrationspolitik

5 **Wir können ungleich besser sein – Integrationspolitik für Dortmund und darüber hinaus**

10 Wir können ungleich besser sein. Eine Gesellschaft wird durch Vielfalt bereichert. Liberale begrüßen die ethnische und kulturelle Unterschiedlichkeit in unserer Stadt und unserem Land. Wir sind ein Einwanderungsland. Und wir müssen es angesichts von Globalisierung und demografischer Entwicklung auch sein.

15 Menschen sind nicht gleich, aber gleichwertig. Jede und jeder soll die Freiheit haben, sich auf der Basis der individuellen Eigenschaften, Fähigkeiten, Werte und Ziele zu entfalten.

20 Allerdings kann eine Gesellschaft diese Freiheit für alle nur dann gewährleisten, wenn sie ein gemeinsames Fundament hat. Dazu gehören für die deutsche Gesellschaft gute Kenntnisse der deutschen Sprache, Geschichte und Kultur sowie die vorbehaltlose Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Grundwerte, auf der diese beruht. Es gibt keine Toleranz gegenüber der Intoleranz und keine Freiheit, die Freiheit anderer auszuhöhlen.

25 Lange Jahre hat die Politik – auch die FDP – geglaubt, Integration geschehe von allein. Dies hat sich als Irrglaube erwiesen. Auch der deutsche Pass ist keine Gewähr für Integration. Integrationsprobleme betreffen sowohl Ausländer als auch Eingebürgerte sowie Spätaussiedler, die rechtlich immer Deutsche waren.

30 Es hat sich ein Berg an Problemen aufgetürmt:

- es gibt immer noch Menschen, die dauerhaft bei uns leben und nicht einmal eine einfache Unterhaltung auf Deutsch führen können
- die Bildungs- und Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationshintergrund sind immer noch deutlich schlechter als die der einheimischen Bevölkerung
- 35 - die Tendenz zur Ghettoisierung in unseren Städten hat nicht abgenommen
- die Gleichstellung von Frauen mit Migrationshintergrund bleibt ein Problem
- wechselseitige religiöse Vorbehalte sind nicht schwächer sondern stärker geworden
- Ausländer und Aussiedler begehen überproportional bestimmte Formen der Kriminalität (z.B. Raub, Körperverletzung, Taschendiebstahl).

40 In Dortmund haben nach der Schulstatistik der Stadt 21 Prozent der Schüler Migrationshintergrund, in der Nordstadt sogar 61 Prozent. 11 Prozent von ihnen verlassen die Schule ohne Abschluss, weitere 31 Prozent mit einem Hauptschulabschluss ohne Qualifikationsvermerk – jeweils etwa ein Drittel mehr als vergleichbare Schüler mit deutschen Eltern.

45 Fordern und fördern, diese Grundprinzipien moderner Sozialpolitik gelten auch für die Integrationspolitik. Politik muss Angebote schaffen und auch die deutschen Unternehmen, Organisationen und Bürger sollten auf die Einwanderer zugehen. Aber jeder einzelne Mensch mit Migrationshintergrund ist in erster Linie selbst gefordert, Verantwortung für sich selbst und seine Familie zu übernehmen. Das betrifft vor allem Sprache, Bildung, Arbeit und Teilhabe am Leben der Mehrheitsgesellschaft.

55 Viele Einwanderer, aber auch einige einheimische Deutsche, haben einen anderen Glauben als die Mehrheitsgesellschaft. Hier ist wechselseitige Toleranz gefordert. Die FDP Dortmund spricht

sich ausdrücklich dafür aus, dass Religionsgemeinschaften in adäquaten Gotteshäusern ihren Gottesdienst abhalten dürfen.

60 Verschiedene Religionen gehören inzwischen zu Deutschland – auch der Islam. Wir Liberale empfinden einen Islam, der die Grundprinzipien der Aufklärung und des liberalen Rechtsstaats achtet, als Teil der deutschen Gesellschaft. Moslems in Deutschland dürfen nicht unter
65 Generalverdacht stehen: Islam und islamischer Fundamentalismus sind genauso zu unterscheiden wie Christentum und christlicher Fundamentalismus. Deshalb appelliert die FDP an alle Gruppierungen der Gesellschaft, Fundamentalismus in den eigenen Reihen aktiv zu bekämpfen. Liberale werden sich jedem Fundamentalismus entgegen stellen, der die Freiheit des Einzelnen beschränken will. Werte und Glaube müssen in freier Entscheidung gelebt werden.

70 Potenzielle Konflikte in der Integration dürfen unabhängig von Glaubensfragen nicht mit einer sozialromantischen Verklärung von Unterschiedlichkeit zugeschüttet werden. Die individuellen Freiheitsrechte und Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Migrantinnen und Migranten sind die Grenze für jede Akzeptanz kultureller Unterschiedlichkeit von Migrantengruppen.

75 **1. Masterplan Integration**

Die FDP unterstützt die Einbeziehung der Bürgergesellschaft in die Entwicklung des Masterplans Integration. Der Rat der Stadt Dortmund trägt jedoch als gewähltes Gremium die Verantwortung für die Integrationspolitik in Dortmund. Ausfluss des Masterplanes Integration müssen verbindliche Handlungsanweisungen für die Verwaltung sein. Integration muss zur klaren Querschnittsaufgabe
80 der Verwaltung werden. Reinen Willensbekundungen im Namen der Stadt Dortmund erteilt die FDP eine Absage.

Die Teilnehmer des Masterplan-Prozesses können keine Repräsentativität beanspruchen. Insbesondere nicht organisierte, häufig besonders unterstützungsbedürftige Migrantengruppen
85 waren im Masterplan-Prozess nicht vertreten. Das betrifft u.a. ältere Migrantinnen und Migranten. Angesichts der demografischen Entwicklung und der Altersstruktur der Migranten aus der ersten Einwanderungswelle in den 60er Jahren ist eine angepasste Seniorenpolitik aber objektiv von herausragender Bedeutung für die nächsten Jahre und sollte im Masterplan-Prozess eine größere Rolle spielen. Auch die besonderen Integrationsprobleme von Frauen und Mädchen scheinen uns
90 im Beschluss des Rates nicht ausreichend gewichtet. Die Schwerpunktsetzung für 2007 muss diese Aspekte neben Schule, Sprachförderung und Jugendarbeit aufnehmen.

Ergänzend fordert die FDP, dass die Verwaltung dem Rat eine umfassende Datenanalyse zum Stand der Integration in Dortmund liefert. Die bisher im „Phasenmodell Masterplan Integration“
95 genannte Datenanalyse reicht nicht aus. Auch Integrationspolitik muss sich an Indikatoren ihrer Wirksamkeit messen lassen Konkret halten wir eine Analyse folgender Indikatoren für wünschenswert:

- 100 - Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Migrantinnen und Migranten in Dortmund
- Daten zu Bildungsstand und Aufstiegschancen von Menschen mit Migrationshintergrund in Dortmund
- Daten zur Jugendgewalt gegen, von und zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Dortmund
- 105 - Daten zu den demografischen Daten und zur demografischen Entwicklung hinsichtlich von Menschen mit Migrationshintergrund
- Daten zu geschlechtsbezogene Besonderheiten im Bereich Migration (z.B. im Blick auf die Berufsausbildung).

Ebenso müssen laufenden Projekte sich einer kontinuierlichen Evaluierung unterziehen, bei denen
110 auf die erhobenen Daten zurückgegriffen wird.

2. Sicherung und Ausbau von praxisorientierten Projekten

115 Masterpläne, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Diskussionsrunden oder das städtische Integrationsbüro sind Grundlagen der Koordinierung von Integrationspolitik. Diese darf sich aber nicht darin erschöpfen. Entscheidend ist die Sicherung und der Ausbau praxisorientierter Projekte für die Menschen. Mittel hierfür sind im städtischen Haushalt vorhanden, wenn man auf das eine oder andere Prestigeprojekt der Dortmunder Kommunalpolitik verzichten würde.

120 Das Urban-II-Projekt „Übergang Schule/Beruf“ war ein solches Projekt, das den Rückhalt vieler Migrantenvereinigungen hatte. Die FDP hat daher im Rat den Beschluss unterstützt, hier eine geeignete Anschlussregelung zu finanzieren. Um gerade die Anknüpfungspunkte mit der freien Wirtschaft zu verbessern, setzt sich die FDP Dortmund dafür ein, ehrenamtliche Mentoren (auch 125 Bildungspaten genannt) zu installieren.

Auch allgemeine Jugendeinrichtungen in Wohngebieten mit hohem Migrantenanteil (z.B. in der Nordstadt, in Eving, Scharnhorst oder Hörde) sind von großer Bedeutung für die Integration junger Menschen. Deshalb muss die Stadt eine Priorität auf die Ausstattung der Jugendeinrichtungen, 130 Kindergärten und Kindertagesstätten mit hohem Migrantenanteil setzen.

Explizit müssen gezielte Angebote für die Arbeit mit jungen Migranten neben der offenen Jugendarbeit in die Finanzierung einbezogen werden. Dies betrifft gerade die Angebote, die auf die Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beruf ausgerichtet sind.

135 Im Bereich der nachholenden Integration – etwa bei Sprachkursen für junge Mütter mit Migrationshintergrund – kommt es auf eine bessere Vernetzung von Ressourcen an. Während es Kursen mit engagierten Lehrkräften an geeigneten Räumen mangelt, stehen in manchem Zentrum eines Moscheevereins Räume leer, weil es dem Verein an ehrenamtlichen Lehrkräften für 140 Sprachkurse, die über die Angebote der Integrationskurse hinausgehen, fehlt. Hier könnte die Stadt durch eine Integrations-Börse vermittelnd und aktivierend Anstöße für eine bessere Bündelung von Engagement geben.

145 Ghettoisierung stellt eine Hemmschwelle für Integration dar. Durch Erreichen eines „Dortmunder Kosenses“ unter Beteiligung des hiesigen Amtes für Wohnungswesen, namhaften Immobilienbesitzern, Wohnungsbaugesellschaften (DOGEWO, LEG, Annington) und Maklern könnte diesem Trend entgegengewirkt werden. Von Möglichkeiten der Wohnungszuweisung soll ggf. stärker Gebrauch gemacht werden.

150 Zur Koordinierung all dieser Maßnahmen richtet die Stadt Dortmund statt der thematischen Zuordnung bei einem Dezernenten einen gesonderten Integrationsbeauftragten nach dem Vorbild der Stadt Stuttgart ein. Neben den Aufgaben innerhalb der Verwaltung sucht er insbesondere auch den Kontakt zur freien Wirtschaft und zu einschlägigen Stiftungen.

155

3. Kindergärten und Schulen bei der Sprachförderung unterstützen

Einige Kindergärten und Schulen in Dortmund sind vorbildlich bei der Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Die Grundschule an der Kleinen Kielstraße in der Nordstadt hat 160 sogar den Preis der Robert-Bosch-Stiftung als beste Schule Deutschlands erhalten, da sie es trotz 80 Prozent Migrantenanteil schafft, dass die Schülerinnen und Schüler ausreichende Sprachkompetenzen erwerben. Dabei ist die Elternarbeit von herausragender Bedeutung.

165 Die FDP fordert nun die Stadt Dortmund auf, die guten Beispiele, die es in Dortmund gibt, für eine flächendeckende Verbesserung der Sprachförderung von Migrantenkindern zu nutzen. Dazu sind z.B. „best practice“-Workshops geeignet, die zeigen, wie man die gegebenen Ressourcen möglichst optimal nutzt, Qualitätsmanagement verbessert und Schwierigkeiten und Widerstände auch auf Seiten der Eltern bewältigt.

170 Wichtig erscheint uns, dass es ausreichende Angebote sowohl in der Deutsch-Förderung als auch in muttersprachlichen Angeboten gibt (Türkisch, Arabisch, Russisch, Polnisch etc.). Denn wer die Muttersprache seiner Eltern nicht beherrscht, wird auch in Deutsch Probleme haben und zu einem Sprachmix aus Halbwissen neigen, der seine weiteren Lebenschancen negativ beeinflusst.

175 Beim muttersprachlichen Unterricht sollten Schulen auf städtischer Ebene intensiver zusammenarbeiten, um Angebote zu realisieren. Auch Möglichkeiten nicht-schulischer Angebote könnten nach vorheriger Qualitätsprüfung etwa im Rahmen der Ganztagesbetreuung integriert werden.

180 Die FDP begrüßt ausdrücklich Initiativen von Schulen, die in ihrer Schulkonferenz festlegen, dass auf dem Schulgelände nur Deutsch gesprochen werden soll. Eine solche Regelung erhöht die Chance, dass es zu einer Trennung von Deutsch und Muttersprache der Eltern im Sprachgebrauch kommt und sich so die Sprachkompetenz der Schüler verbessert. Außerdem fördert eine solche Regelung den Zusammenhalt der Schülerschaft, da sich einzelne Gruppen nicht schon sprachlich abgrenzen können.

185 Ergänzend ist eine frühzeitige Elternberatung im frühkindlichen Bereich erforderlich, damit es nicht zu einem negativen Sprachmix kommt. Auch die Organisation von Sprachkursangeboten für die Eltern kann hier hilfreich sein.

190

4. Sprachförderung von Erwachsenen

195 Ein großes Problem der Sprachförderung in Integrationskursen sind die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen der Teilnehmer. Zugespitzt: Wenn der Analphabet und der Ingenieur in einem Kurs sitzen, werden beide nicht entsprechend ihrer Begabungen und Vorkenntnisse gefördert. Deshalb wäre es wichtig, zu homogeneren Gruppen in den Integrationskursen zu kommen. Die FDP begrüßt daher, dass sich die Träger der Kurse vernetzt haben und regt an, einen Austausch von Teilnehmern zu organisieren. Es könnte Aufgabe der Stadt Dortmund sein, diesen Austausch zu moderieren.

200

Auch auf Bundesebene sind nach den ersten Erfahrungen mit den Integrationskursen Veränderungen des gesetzlichen Rahmens angezeigt:

- 205
- Die oben beschriebene Trägerkooperation sollte als Kriterium für die Trägerzulassung aufgenommen werden. Einstufungstests sollten standardisiert und unabhängig von den Trägern in der Verantwortung der Ausländerbehörde durchgeführt werden.
 - Notwendig ist eine verbindliche Abschlussprüfung für die Sprachkurse, verbunden mit einem Nachweis des Leistungsniveaus. Dies ist zwingende Voraussetzung für eine bessere Qualitätskontrolle. Die Träger sollten auf dieser Grundlage einem transparenten Ranking unterworfen werden.
 - Der Stundensatz, den der Bund pro Teilnehmer an die Träger zahlt, sollte angehoben werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Qualität der Lehrkräfte und der Sachausstattung dem gewünschten Niveau entspricht.
 - Es muss wirksamere sozialrechtliche Sanktionen für Kursteilnehmer geben, die nicht erscheinen. Um den zuständigen Behörden das Fernbleiben von Teilnahmeverpflichteten bei den Kursen offen zu legen, dürfen die Träger nicht den Fehlanreiz haben, dass ihnen unentschuldigte Fehlstunden von der Förderung abgezogen werden.
 - Es sollten künftig alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, die Deutsch nicht als Muttersprache haben, teilnahmeberechtigt an den Integrationskursen sein. Das gilt insbesondere auch für bereits Eingebürgerte und Deutsche, die in einem anderen Land aufgewachsen sind.
- 210
- 215
- 220

5. Kulturhauptstadt 2010 mit Schwerpunkt Integration gestalten

225 Die erfolgreiche Bewerbung des Ruhrgebiets für die Kulturhauptstadt 2010 hat als einen Schwerpunkt die Kultur von Migranten. Vor dem geschichtlichen Hintergrund des Ruhrgebiets als

Schmelztiegel von Völkern ist dies ebenso zu begrüßen wie angesichts der Chance, Kultur als Baustein von Integration zu nutzen. Bisher ist in Dortmund aber noch nicht erkennbar, wie die Stadt diese Dimension der Kulturhauptstadt 2010 ausgestalten will.

230

Die FDP fordert daher von der Verwaltung, zügig eine Konzeption für die Einbeziehung von Migranten-Kultur und Jugend-Kultur in die Kulturhauptstadt-Aktivitäten vorzulegen. Dabei sollte deutlich werden, dass Migranten-Kultur mehr ist als Folklore aus der früheren Heimat. Vielmehr ist es wichtig, aktuelle Ausdrucksformen der hier lebenden Migranten in den Mittelpunkt zu stellen.

235

Eine solche Konzeption muss mit Migranten erarbeitet werden – unter angemessener Einbindung von Frauen und Männern, Jungen und Alten.

6. Seniorenpolitik für ältere Migranten

240

Die erste Generation von Einwanderern hat das Rentenalter erreicht. Entgegen früherer Erwartungen gehen viele dieser damals als „Gastarbeiter“ bezeichneten Menschen nicht in ihre frühere Heimat zurück, sondern bleiben in Deutschland. Die Seniorenpolitik hat sich darauf bisher in keiner Weise eingestellt. Das führt zu Isolation, Rückzug in die eigene „Community“ und Verlust bereits erworbener Sprachkenntnisse. Besonders schwierig wird die kulturelle Situation, wenn der Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim erforderlich wird.

245

Die FDP fordert daher die Stadt Dortmund auf, bei der Überarbeitung der Seniorenpolitik eine wirklich nachfragegerechte Neuorientierung vorzunehmen und für alle Minderheiten – darunter auch die Migranten – entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil auf ein angepasstes Angebot von Altenarbeit und Altenhilfe hinzuwirken.

250

7. Migranten im öffentlichen Dienst

255

Deutsche mit Migrationshintergrund sind im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert. Dabei können sie mit Sprachkenntnissen und interkultureller Kompetenz wichtige Beiträge zu einer kundenorientierten Verwaltung leisten. Die FDP regt daher an, bei Neueinstellungen im städtischen Bereich auf eine angemessene Berücksichtigung dieser Kompetenzen zu achten. Eine Quote, wie sie im Ausländerbeirat diskutiert wird, lehnt die FDP aber aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

260

8. Islamgipfel für Dortmund

265

Auf Bundesebene hat der Islamgipfel der Bundesregierung ein wichtiges Zeichen gegeben: der Islam gehört zu Deutschland, vorausgesetzt er bewegt sich auf dem Boden der Verfassung. Ein entsprechendes Signal, dass Muslime zu unserer Gesellschaft gehören, sollte auch auf kommunaler Ebene gegeben werden.

270

Die FDP fordert daher den Oberbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Dortmund auf, einen vergleichbaren Islamgipfel für Dortmund einzuberufen. Hier sollen auf höchster Ebene Chancen und Grenzen eines Wertedialogs ausgelotet und praktische Beiträge der muslimischen Gemeinden für die Integrationspolitik diskutiert werden. Eingeladen werden sollen auch Migrantengruppen, die weltanschaulich keiner der großen Religionen zuzuordnen sind.

275

9. Islamischer Religionsunterricht

280

Die Dortmunder FDP unterstützt – solange es generell einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht in NRW gibt – nachdrücklich die Absicht der Landesregierung, bis zum Ende der Wahlperiode die Grundlagen für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an den

Schulen zu schaffen. Dieser soll in deutscher Sprache, mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften und unter Kontrolle der deutschen Schulaufsicht erfolgen.

285

10. Streitfall Kopftuch

Das Tragen eines Kopftuches oder einer anderen Kopfbedeckung ist für zahlreiche muslimische Frauen Teil ihrer Glaubensauslegung und damit ihrer Persönlichkeit. Andere muslimische Frauen haben für sich entschieden, kein Kopftuch zu tragen. Beide individuellen Entscheidungen haben in einer pluralistischen Gesellschaft Respekt verdient und dürfen nicht zur Grundlage von Diskriminierung werden. Klar ist aber auch, dass keine Frau durch Druck dazu gedrängt werden darf, ein Kopftuch zu tragen. Entscheidend ist die innere, freiwillige Entscheidung.

290

295

Auf der staatlichen Ebene besteht ein Konflikt zwischen der Religionsfreiheit der Frau, die ein Kopftuch tragen möchte, und der religiösen Neutralität des Staates. Gerade im Erziehungsbereich muss die religiöse Neutralität sich auch auf äußere Symbole beziehen. Deshalb befürwortet die Dortmunder FDP ein Verbot des Kopftuchs und anderer religiöser Symbole im Unterricht (mit Ausnahme des Religionsunterrichts).

300

Anders bewertet die Dortmunder FDP dies in der Güterabwägung bei Schöffen in Gerichten. Im Gegensatz zu hauptamtlichen Richtern und Staatsanwälten repräsentieren diese nicht den Staat. Vielmehr geht es darum, einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung in die Rechtsprechung einzubeziehen. Wir halten daher den Ausschluss einer Kopftuchträgerin vom Schöffen-Amt, wie in Dortmund geschehen, für einen falschen Schritt. Dieser wäre nur gerechtfertigt, wenn es Anhaltspunkte gäbe, dass die religiöse Gesinnung der Schöffin Auswirkungen auf den Prozess haben könnte.

305

310

11. Politische Partizipation

Politische Beteiligung auf Landes- und Bundesebene erfordert richtigerweise ein Bekenntnis zum deutschen Staat durch Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit. Auf kommunaler Ebene sind dagegen EU-Bürger ebenfalls wahlberechtigt. Zur verbesserten schrittweisen Integration von Migranten in Entscheidungsprozesse, die ihr unmittelbares Umfeld betreffen, befürwortet die Dortmunder FDP die Ausweitung dieses kommunalen Wahlrechts auf Angehörige von Nicht-EU-Staaten, sofern die Ausländer fünf Jahre rechtmäßig in Deutschland leben.

315

320

Im übrigen gibt es politische Mitwirkungsmöglichkeiten auch unterhalb des Wahlrechts. Die Dortmunder FDP lädt Migrantinnen und Migranten ausdrücklich ein, sich in Parteien, Bürgerinitiativen, Vereinen oder Verbänden gemeinsam mit Bürgern deutscher Herkunft zu engagieren.

325